

REZENSION

Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, 1. Aufl., vollständige Taschenbuchausg., München 2004

Schwerzler Michael

Robert Kagan, Harvard- und Yale-Absolvent, war 1984 bis 1998 Mitglied im Council on Foreign Relations im US-Außenministerium und ist zur Zeit Senior Associate beim Carnegie Endowment for International Peace; er schreibt eine monatliche Kolumne für die „Washington Post“; sein Buch „Of Paradise and Power. America and Europe in the New World Order“ hat diesseits und jenseits des großen Teichs Furore gemacht und gehört bereits zur Pflichtlektüre für alle US-Botschafter in Europa; dieselben Gedanken, nur konzentrierter, äußert Kagan in einem Artikel in „Foreign Affairs“ vom März/April 2004. Kagan personifiziert geradezu den rezent tonangebenden, meiner Ansicht nach reaktionären Polit-Zeitgeist (mitsamt seinem intellektuellen Establishment als Appendix) der Bush-Administration, welcher die internationale Politik als die bloße Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ansieht. Mit „bösem“, machiavellistisch-hobbesianisch nüchternem, erzmachtpolitischem Blick seziert Kagan das Verhältnis der USA zur Welt (insbesondere zu Europa).

Laut Kagan existiere zwischen den USA und Europa eine massive, sukzessive sich vertiefende strategisch-ideologische Kluft, denn beide lebten hinsichtlich der Frage der Macht nicht mehr in der gleichen Welt: Europa wende sich ab von der Macht bzw. transzendiere diese (Primat internationaler Regeln, der Kooperation, der Diplomatie, des Völkerrecht usw.). Europa betrete „ein posthistorisches Paradies von Frieden und relativem Wohlstand, das der Verwirklichung von Kants ‚Ewigem Frieden‘ gleichkommt“ (a.a.O., S. 9), psychologisch verständlich angesichts der singulären historischen Leiderfahrungen des alten Kontinents; aufgrund ihrer eigenen katastrophalen Geschichte (v. a. im 20. Jh.) hätten sich die Europäer in bewußter Abkehr von ihrer Vergangenheit „von der Machtpolitik verabschiedet“ (a.a.O., S. 64), ein „europäischer Idealismus“ (a.a.O., S. 66) bilde nunmehr ihre strategische Kultur. „Die Europäer haben die Hobbes'sche Welt der Gesetzlosigkeit verlassen und sind in die kantische Welt des ewigen Friedens eingetreten“ (a.a.O., S. 67), und verbrämt mit einem sakralen Nimbus suchten sie mit zivilisatorischem Sendungsbewußtsein die europäische Integration als Weltmodell zu propagieren. Die USA übten laut Kagan dagegen more historico Macht in einer anarchischen Hobbesschen Welt aus, ohne auf die UNO, auf das Völkerrecht usw. sich zu verlassen; solcherart wollten sie Sicherheit und Freiheit mit militärischer Macht gewährleisten, betrieben also klassische Machtpolitik. Meinungsumfragen ergäben Kagan zufolge, „dass die Menschen diesseits und jenseits des Atlantiks in zwei getrennten strategischen und ideologischen Welten leben“ (a.a.O., S. 122): Die Majorität der US-Amerikaner befürworte im Gegensatz zu den Europäern Krieg als Mittel zur Durchsetzung ihrer Vorstellung von Gerechtigkeit, und auch was die Rolle des Völkerrechts oder internationaler Organisationen anlange bestünden gravierende Divergenzen; der Durchschnittsamerikaner sehe mit stolzgeschwellter Brust auf die exorbitante Macht seines Staates, der Europäer hingegen scheine tendenziell versucht, Macht in toto als „böse“ zu verdammen, wobei aber innerhalb Europas ebenso Meinungsunterschiede zum Thema Macht konstaterbar seien. So befeißige sich etwa der Engländer einer amerikanischeren Machtperspektive als der Kontinentaleuropäer, wobei auch letzterer wiederum in diesem Punkt gespalten sei: Während der Franzose sich stolz und unabhängig gebärde (ohne Ansehung der gegenteiligen Realität), versinke der Deutsche typischerweise (seit dem Zweiten Weltkrieg) in aus Ängsten vor sich selbst genährten Selbstzweifeln; die Osteuropäer näherten sich in ihrer berechtigten Furcht vor dem russischen Koloß dagegen mimetisch einer amerikanischen Machtinterpretation an.

Intellektuell, psychologisch sowie mentalitätsgeschichtlich überaus reizvoll, erscheint Kagans dualistischer Schematismus à la „Hobbes versus Kant“ letztlich doch als etwas überzogene Simplifikation der überaus komplexen internationalen politischen Realität; Kagans simpel militaristische, radikal-realistische Weltsicht negiert fast gänzlich andere, wesentlich ursächliche Bestimmungsfaktoren internationaler Politik wie z. B. kulturelle oder ökonomische. Die Amerikaner sind vom Mars, die Europäer von der Venus, dies ist überspitzt formuliert der Sukkus Kaganscher Ausführungen, bloß wird geistvolle, z. T. brillante generalisierende Essayistik der mannigfaltigen rezenten politischen Phänomenologie nicht gerecht. Differenzierung tut not: Die Europäer, insbesondere die Engländer und Franzosen, alles andere als idealistische Träumer, waren und sind stets bereit, ohne viel Federlesens, skrupellos militärische Macht zur gewaltsamen Durchsetzung ihrer nationalen Interessen einzusetzen (siehe etwa die blutige Spur französischer Militäreinsätze in Afrika), sofern sie sich dazu materiell überhaupt in der Lage sehen. So ist auch das größte Hindernis einer wirklichen europäischen Supranationalität die eifersüchtig verteidigte, egoistische englische und französische militärische Kirchturmpolitik. Eine gesamteuropäische Armee als Nachfolge einzelstaatlicher souveräner Gewaltmonopole wäre eine der Westfälischen Friedensordnung, in deren Kategorien offensichtlich noch zahlreiche europäische Staatsmänner zu denken gewohnt sind, diametral entgegengesetzt und somit das größte Hindernis auf dem Weg zur Überwindung europäischer „Kleinstaaterei“. Kagan scheint bewußt zu ignorieren, daß Frankreich und Großbritannien starke

Militärmächte sind und bereit, ihre Macht auch einzusetzen. Insgesamt ist seine Sicht Europas zu deutschlandzentriert. Weder sind die Europäer in Bausch und Bogen bloße weltfremde Idealisten, noch die Amerikaner gänzlich der Machtpolitik verfallene Realisten; für die Bevölkerungen dieser Länder trifft solch ein Pauschalurteil in Reinform wohl kaum zu, denn die immer selbstbewußter agierenden Europäer sind mindestens ebenso tief in die Alternative „Hobbes versus Kant“ verstrickt wie die Amerikaner, Pazifisten und Bellizisten gibt es in beiden Reihen zu Hauf.

Die Logik der Stärke bestimme Kagan zufolge das Paradigma der US-Außenpolitik; die USA zögen dergestalt nur nüchtern-pragmatisch die Konsequenzen aus der Geschichte (wohlgemerkt Europas): Auctoritas non veritas facit legem, so laute die hinter aller idealistischen Schönrederei sich verbergende reale Faktizität: „Es ist eine Welt, in der diejenigen, die die Macht haben und davon überzeugt sind, das Recht stehe auf ihrer Seite, den anderen ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit aufzwingen“ (a.a.O., S. 147).

Kagan zieht allerdings - wie der Realismus überhaupt - logisch fragwürdige Analogien zwischen Anthropologie und Staatenwelt; es ist ein logischer Fehlschluß par excellence, von einem wie immer gearteten realen Sein auf ein Sollen zu schließen; solch Präskriptionen verfallen ubiquitär der Ideologiekritik, ein derart apodiktisches Resümee wie das Kagansche steht im Geruche des Kulturpessimistisch-Reaktionären. Die jeweils Herrschenden predigen den Unterprivilegierten stets gebetsmühlenartig und im Tone altklug-esoterischer Vielwisserei, sich in ihr unterdrücktes, ohnmächtiges Dasein dareinzufinden, etwaige Opposition aufzugeben und mit der Macht zu fraternisieren. Es ist das Gesetz des Dschungels, dessen Leidtragende es auch noch resignativ abnicken sollen. Wer das Recht des Stärkeren apologetisch als von Natur aus gegeben und somit als schlechthin unausrottbar definiert, öffnet seinen Nutznießern bewußt Tür und Tor. Ein solch monofaktoriell brutalistischer, ahistorischer Determinismus impliziert eine sozialdarwinistisch anmutende, affirmative Ontologisierung der Gewalt, eine ideologische Verdoppelung des schlechten Status quo, der gewaltsamen Herrschaft von Menschen über Menschen. Die USA als der globale Leviathan zur Zähmung der anarchischen Hobbesschen Welt, darin besteht aufs offensichtlichste die grobianische Selbstlegitimierungsideologie neokonservativer Polit-Denker des derzeitigen republikanischen US-Establishments. Kagan als Agent reaktionärer Ideologen (z. B. Paul Wolfowitz) im Weißen Haus (Gore Vidal und andere Kritiker werfen ihm dies vor)!

Kagan ist bekennender Realist; Realisten im weiteren Sinne ziehen in der Regel nicht die ethischen Ziele des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit usw. in Zweifel, sondern melden lediglich begründete Bedenken an deren universeller und dauerhafter Institutionalisierung an; im internationalen, anarchischen Naturzustand der souveränen Staatenwelt sind Berufungen auf die Instanz des Rechts realiter sinn- wie zwecklos. Die aktuell gültigen Normen sind als Funktion des Interesses der mächtigen Staaten zu deuten; letztlich bestimmen politisch-militärische Machtkämpfe die Politik, auf das politische Instrument der Gewalt, die ultima ratio, kann also nicht verzichtet werden. Das Ergebnis ist stets eine labile vertikale Segmentierung, ein unlimitiertes Nullsummenspiel um Macht/Ressourcen, welches nur interimistisch via Sicherheits-, Bündnis- und Gleichgewichtspolitik unterbunden werden kann.

Kagan muß billigerweise zugestanden werden, daß er allfällige Gewalt (seitens der USA und Europas) stets nur im Dienste hoher ethischer Ideale als gerechtfertigt betrachtet, was ihn insofern zum personifizierten Paradoxon eines idealistischen Realisten macht. Problematisch scheint allerdings, daß wohl alle Realisten solche Ideale expressis verbis für sich beanspruchen.

Es bedarf wehrhafter Demokratien, um die universellen Ideale der Freiheit, der Menschenrechte usw. zu verteidigen bzw. durchzusetzen, hier sei Kagan vollauf zugestimmt, fraglich ist nur, ob es denn dazu unbedingt der Hegemonie der USA bedarf. Eine im Dienste der höchsten Menschheitsideale stehende multilaterale, multipolare, universalistische Weltregierung (wie es zumindest vom Konzept her einmal der Völkerbund oder die UNO sein sollte) ist dem Oktroy einer einsamen Supermacht jederzeit vorzuziehen, und man kann sich ehrlich gesagt auch schwer eine militärische Weltmacht auf dem Kreuzzug für mehr Multilateralismus vorstellen.

„Das Ende des Kalten Krieges verbreiterte somit eine sowieso schon große Kluft zwischen der Macht Europas und der Macht Amerikas“ (Kagan 2004, S. 34). Das transatlantische Machtgefälle sei unbezweifelbar reales Faktum: „Europa ist als globale Militärmacht schon seit langem im Niedergang begriffen“ (a.a.O., S. 18), massiv seit dem Ersten Weltkrieg, welcher den Willen, das Selbstvertrauen und den faktischen Weltmachtstatus der europäischen Staaten schwäche, bevor ihnen der Zweite Weltkrieg endgültig den Garaus mache (siehe etwa den Zerfall der europäischen Kolonialreiche). Im Kalten Krieg gerate Europa vollends in strategische Abhängigkeit von den USA, es sei, um seine eigene Sicherheit zu gewährleisten, im Gleichgewicht des Schreckens auf die US-Nukleargarantie (NATO) angewiesen. „Selbstverständlich war die strategische und ökonomische ‚Großzügigkeit‘ Amerikas (...) eng mit amerikanischen Interessen verknüpft“ (a.a.O., S. 89), doch sei dies eine „sehr aufgeklärte Form von Eigennutz“ (ebd.). „Der amerikanische Multilateralismus des Kalten Krieges war eher instrumentell als idealistisch motiviert“ (a.a.O., S. 90). Das transatlantische Bündnis mit dem US-Ziel der Einheit des „Westens“ mache Europa zum Hauptschauplatz (strategische Priorität) der Auseinandersetzung mit

der Sowjetunion und gestehe diesem somit mehr politischen Einfluß zu als seiner realen Macht entspreche. Dieser von den Europäern dankbar ergriffene Schutz sedimentiere sich allerdings nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zum bedingten Reflex und werde so zum ständigen Quell transatlantischer Mißhelligkeiten (v. a. aufgrund der von Seiten der USA beklagten mangelnden Bereitschaft der Europäer, genügend in ihre eigene Sicherheit zu investieren). Amerika sei nach dem Zweiten Weltkrieg proeuropäisch und alles andere als isolationistisch gesinnt; erst vor dem Hintergrund der US-Sicherheitsgarantie könne sich die europäische Einigung vollziehen, wobei die USA selbstverständlich von solcher Friedensdividende profitierten. „Dank der Macht Amerikas konnten sich die Europäer dem Glauben hingeben, Macht sei nicht mehr wichtig“ (a.a.O., S. 83). Europa komme als Trittbrettfahrer noch heute kostenlos in den Genuß der amerikanischen Sicherheitsgarantie - was von vielen Amerikanern mit Verärgerung registriert werde -, ohne sich in der Welt außerhalb Europas militärisch adäquat zu engagieren (jenseits von Geldtransfers und Peacekeeping-Missionen). Als Gegenleistung für die Sicherheitsgarantie würden die USA von Europa eine gewisse Aktionsfreiheit, eine größere Akzeptanz für ihren „verstärkten Unilateralismus“ (a.a.O., S. 87) erwarten.

Sicherlich kann sich Europa militärisch nicht mit den USA messen, aber der gewiß noch im Anfangsstadium begriffene Versuch der EU, eigene militärische Kapazitäten aufzubauen, wird von Kagan (anders als von der US-Regierung) massiv unterschätzt (die „Schnelle Eingreiftruppe“ der EU ist laut Kagan de facto eine Blamage, die GASP blutleer). Die von den USA emsig betriebene NATO-Osterweiterung, das vehemente amerikanische Bestreben, den militärischen Vasallen Türkei in die EU hineinzupushen sowie der gelungene Versuch, im Zuge des Irak-Krieges einen Keil zwischen die Europäer zu treiben (siehe Rumsfelds verächtliche Rede über das „alte Europa“ und neue proamerikanische Musterschüler wie z. B. Polen), unterstreichen die Besorgnis amerikanischer Machtstrategen angesichts einer militärisch immer autonomer und selbstbewußter sich gebärdenden EU¹.

Europa stellt Kagan zufolge unzweifelhaft eine Weltmacht im ökonomischen Sinn dar, jedoch enttäusche es regelmäßig dementsprechende Hoffnungen im Militärisch-Geopolitischen; hier könne von einer Rolle als global player nur schwer gesprochen werden. Europa strebe nicht, im Sinne der realistischen Schule, nach Gewinnung größerer militärischer Macht; angesichts seiner ökonomischen Macht könne Europa aber auch, sofern gewollt, militärisch zu einer Weltmacht werden. Wie wir schon gesehen haben spricht Kagan den Europäern diesen Willen allerdings rundheraus ab; den europäischen Staaten fehle seiner Ansicht nach der Wille, „einzeln oder gemeinsam nennenswerte Militärmacht in außereuropäische Konfliktregionen zu projizieren“ (a.a.O., S. 28f.) (bestenfalls Friedenstruppen, nachdem die Amerikaner die Drecksarbeit erledigt haben). Europa müßte dazu „Ressourcen von sozialen in militärische Programme“ (a.a.O., S. 31) umschichten, was angesichts der tristen Befindlichkeit der europäischen Sozialstaaten wohl kaum in Bälde zu erwarten stehe. „Statt den Zusammenbruch der Sowjetunion als eine Chance zu begreifen, ihre strategische Einflußsphäre zu erweitern, sahen die Europäer darin eine Gelegenheit, eine beträchtliche Friedensdividende einzustreichen“ (a.a.O., S. 31f.). Nach dem Ende des Kalten Krieges entstehe ein mit sich selbst beschäftigter, die USA nicht herausfordern wollender „europäischer Nationalismus“ (a.a.O., S. 96), d. h. Europa konzentriere sich auf sich selbst.

Kagan unterschätzt systematisch, daß diese Dinge im Zuge des Irak-Konflikts in Bewegung geraten sind, daß ein erstmals in der Nachkriegsgeschichte vehementer Wille Europas zur militärischen Emanzipation von den USA spürbar ist (auch wenn man offiziell ängstlich auf die Amis nicht verprellenden Treuebekenntnisse zur „alleinseligmachenden“ NATO erpicht ist). Daß die gigantischen Probleme der europäischen Einigung die Interessen vieler Europäer fast exklusiv absorbieren liegt in der Natur der Sache, der EU jedoch „Nationalismus“ vorzuwerfen weniger, denn das Projekt Europa versteht sich selbst als Überwindung gefährlicher einzelstaatlicher Nationalismen. Die Falken in State Department und Pentagon befließen sich in bezug auf die EU einer Devise der alten Römer: Willst du den Senat schwächen, so mußt du ihn vergrößern; daß massive Drängen der Amerikaner auf Hereinnahme neuer Mitgliedstaaten (v.a. der Türkei) in die EU kann als bewußt

¹ Der Vertrag von Amsterdam ermöglicht den Einsatz militärischer Mittel durch die WEU; diese hat als integraler Bestandteil der EU nun auch operative Kompetenzen im Rahmen der sog. „Petersberger Aufgaben“ (Art. 17 Abs. 2 EUV); zu letzteren zählen humanitäre Aufgaben, Rettungseinsätze, friedenserhaltende sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung inklusive friedenschaffender Maßnahmen. Der Vertrag von Nizza statuiert die Entscheidung, bis 2003 eine „Schnelle Eingreiftruppe“ (d. h. im Kontext der EU handelnde Mitgliedstaaten) als Instrument militärischer Krisenintervention zu schaffen; Konsens über die notwendigen militärischen Mittel und Strukturen besteht. Zielsetzung ist eine bis zu ca. 60 000 Mann (samt Logistik) starke EU-Armee, die in der Lage sein soll, innert 60 Tagen in ein Krisengebiet (weltweit) verlegt zu werden und über ein Jahr dort zu bleiben. Die EU kann dabei auf Ressourcen der NATO zurückgreifen. Im Frühjahr 2003 gehen erstmals ca. 1800 Soldaten (vorwiegend Franzosen) unter EU-Flagge in den Kongo, kurz darauf werden sie von der UNO abgelöst.

betriebener Versuch gesehen werden, die (geo-)politische Handlungsfähigkeit der Union auf Jahre hinaus zu lähmen.

Sowohl ökonomisch als auch militärisch (siehe den enormen Vorsprung in der modernen Militärtechnologie und den Verteidigungsausgaben) seien die USA derzeit die einzige Supermacht (von Bush senior bis Clinton sei es militärische Strategie der USA, gleichzeitig zwei Kriege in verschiedenen Weltregionen gewinnen zu können; jedes andere Land sei von solchem Potential Lichtjahre entfernt). Die Militärmacht der USA sei Kagan zufolge historisch „ohne Beispiel“ (a.a.O., S. 33), kein ernstzunehmender Gegner komme mehr in Frage: „Heute besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass die USA auf Jahrzehnte hinaus unangefochten die Weltmacht Nummer eins bleiben werden“ (a.a.O., S. 134)². Von einem „imperial overstretch“ (a.a.O., S. 112) könne auch in Zukunft nicht die Rede sein. Sofern keine riesige ökonomische oder militärische Katastrophe eintrete, „kann man vernünftigerweise davon ausgehen, dass wie gerade erst in eine lange Ära amerikanischer Hegemonie eingetreten sind“ (a.a.O., S. 101); demographische und ökonomische Trends prophezeiten den USA auch in Zukunft ein schnelleres Wachstum als Europa; die Folge: eine monozentristische „amerikanische Weltordnung“ (a.a.O., S. 80) bzw. „unipolare Ära“ (a.a.O., S. 156).

Kagans militärischer Machtzentrismus unterschätzt den ökonomischen Faktor, von einem solitären Supermachtstatus der USA im weltwirtschaftlichen Sinne kann wohl nur mehr begrenzt die Rede sein (angesichts der riesigen Wirtschaftskraft der EU-Volkswirtschaften zusammen und dem starken Rivalen Japan). Militärische Abenteuer müssen bezahlt werden, und hier zeichnet sich jedenfalls schon heute ab, daß die USA in Zukunft massive Finanzierungsprobleme bekommen werden (schon im Irak müssen die USA geradezu um Schuldenerlaß, Wiederaufbauhilfe und internationale Freigebigkeit betteln).

Es bleiben zwar die USA wahrscheinlich auf absehbare Zeit was die Gesamtsumme ihrer Machtressourcen (d. h. Militär, Wirtschaft, politischer Einfluß und diplomatisches Gewicht, Wissenschaft und Technik, kulturelle Einflüsse, geostrategische Lage usw.) betrifft ohne ernsthaften Rivalen, aber für ein einsames US-Imperium scheint die politökonomische Welt heutzutage zu interdependent. Wir gewärtigen momentan eher die Ablösung der Bipolarität des Kalten Krieges durch ein multipolares Konkurrenzsystem unterschiedlich entwickelter Wirtschaftsmächte im Kontext wachsender transnationaler ökonomischer und ökologischer Interdependenzen. Fraglich ist, inwieweit die militärische Hegemonie der USA auf Kosten ihrer Wirtschaftskraft durchgesetzt wurde. Last but not least stellt sich die wohl allesentscheidende Frage, ob der ordinary american taxpayer in Zukunft überhaupt die „imperialistische“ Macht seines Staates (weiter) finanzieren will; die Kosten für den Irak-Krieg senkten die Beliebtheit der Bush-Administration merklich. Daß Multipolarität preiswerter als ein unipolares Weltsystem ist, diesem pragmatischen Argument werden sich die notorischen Steuerflüchtlinge jenseits des großen Teichs auf Dauer wohl kaum verschließen, zumal die negativen (ökonomischen) Folgen der Globalisierung ja auch an den USA nicht spurlos vorübergehen.

Gegen ein quasi dauerhaft verbrieftes, mit Waffengewalt zusammengehaltenes unipolares Weltsystem unter der Ägide der USA spricht auch der vom Neorealisten K. N. Waltz beschriebene und plausible „balance-of-power“-Prozeß: Aufgrund des Selbsthilfeprinzips handeln Staaten demnach so, daß ein permanenter Balancierungsprozeß stattfindet, der eine Machtzentralisierung verhindert. China, Europa, Indien und Rußland sind demgemäß auch allesamt Advokaten einer multipolaren Weltordnung.

Die beispiellose militärische Macht der USA erhöhe Kagan zufolge ihr unipolares Denken; die militärischen Interventionen der USA nähmen sichtbar zu. Amerika tendiere nun „offen zum Unilateralismus“ (Kagan 2004, S. 14), es „haben die Amerikaner in der heutigen unipolaren Welt objektiv einfach mehr zu verlieren als jeder andere Staat, wenn sie den Unilateralismus ächten“ (a.a.O., S. 48). Angesichts des eklatanter werdenden Machtungleichgewichts würden die Amerikaner Ende der 90er-Jahre immer ungehaltener über die Beschränkungen, welche ihnen die schwachen Europäer aufoktroieren wollten. Die Clinton-Administration komme zum Schluß, daß selbst für ein erfolgreiches multilaterales Vorgehen stets ein beträchtlicher Anteil US-Unilateralismus vonnöten sei: Clinton spreche in diesem Kontext von den USA als der „unverzichtbaren Nation“ (a.a.O., S. 61); die Devise der USA sei von nun an: multilateral wenn möglich, unilateral wenn nötig.

Die sog. „Koalition der Willigen“ sei auch eine Form des multilateralen Vorgehens; diese erpresserische Produktion von Willfährigkeit gegenüber den Egoisten der USA hat jedoch mit Multilateralität im Sinne

² Der militante islamische bzw. islamistische Fundamentalismus stehe laut Kagan dem Westen zwar „in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber“ (Kagan 2004, S. 92), doch sei er für die universalen Prinzipien des westlichen Liberalismus „keine ernsthafte Bedrohung“ (ebd.) wie es der Kommunismus war. China und Rußland erscheinen noch am ehesten als Herausforderer; China z. B. zeige als strategischer Konkurrent wachsendes Militärpotential und geopolitische Gelüste, sodaß US-Strategen mittel- bis langfristig mit einer Konfrontation rechnen würden.

gleichberechtigter Kooperation rein gar nichts mehr zu tun (siehe die vor dem Irak-Krieg von der US-Administration ausgelobten lukrativen Beteiligungen an Wiederaufbauprojekten; auch der angekündigte massive US-Truppenabzug aus Deutschland liegt wohl in der deutschen Insubordination begründet). Zudem wird solch kosmetischer Multilateralismus sowie die Legitimität eines Krieges vollends bedenklich, wenn die Länder vor die Alternative „with us or against us“ gestellt werden. Kagans fast rein unilateralistische Interpretation der US-Politik erscheint problematisch, denn obzwar Supermacht, haben die USA ihr nationales Interesse doch des öfteren via multilateraler Institutionen und Sicherheitspartnerschaften verfolgt und tun dies noch heute. Wenn auch zu bestimmten Zeiten die unilateralen US-Aktionen die bi- oder multilateralen überwiegen, so verzichten die Amerikaner auf letztere doch niemals gänzlich. Im Kern jedoch hat Kagan sicher recht: Der Unilateralismus der USA bekennt sich (offener als früher) zu sich selbst, was ja die transatlantischen Irritationen recht eigentlich erst evoziert.

Kagans luzide Deskription der europäischen Intelligenzija samt ihrer introspektiv-narzißtischen Befindlichkeiten (insb. i.d.F. des Irak-Krieges) besticht durch psychologisch stimmige Prägnanz und erfrischende Aufrichtigkeit. Europa geht insbesondere seit dem Irak-Konflikt mit einem unreflektiert-reflexhaften Antiamerikanismus schwanger, selbst innerhalb der Gelehrtenrepublik ist es en vogue, unausgegorene Klischees und abgedroschene, realitätsfremde Auto- bzw. Heterostereotypen zu ventilieren. Viele europäische Intellektuelle verneinen geradezu einmütig eine gemeinsame strategische Kultur Europas und Amerikas und zeichnen oft geradezu Zerrbilder der USA (z.B. als bellizistische Kultur gewaltbereiter Militaristen, als Land der exzessiv verhängten Todesstrafe, als bis an die Zähne bewaffnetes Volk usw.); sie sehen die USA als schneller gewalt- und weniger diplomatiebereit, als manichäisch zwischen Gut und Böse unterscheidend, mit der Neigung zu internationalen Alleingängen, während Europa stärker differenziert, außenpolitisch eher Zuckerbrot statt Peitsche instrumentalisiert (indirekte, geduldige, behutsame Einflußnahmen via Handel bzw. Scheckbuch; Pazifismus und kollektive Sicherheit; Anreize statt Sanktionen). Die USA gelten vielen Europäern neuerdings als ein kriegerischer, im Stile von enthemmten Cowboys gegen das Völkerrecht und die öffentliche Weltmeinung verstoßender Mächte-gerne-Weltpolizist.

Europas rezente geopolitische Position lasse sich laut Kagan aufs charakteristischste als Symptom einer Psychologie der Ohnmacht dechiffrieren, denn die Strategie der Schwachen zur Durchsetzung ihrer Interessen sei es regelmäßig, etwaige militärische (Über-)Macht zu schmähen, zu verdammen und lauthals, moralinsauer auf Kooperation zu setzen, will sagen die faktische Schwäche inszenatorisch als Tugend zu verbrämen. Der enragierte Ruf nach dem egalitären Ideal beruhe de facto auf dem Eingeständnis eigener Ohnmacht. Je mehr Macht man innehat, desto weniger sei man zu Zugeständnissen bereit. Seit dem Ende des Kalten Krieges ergebe sich quasi polit-naturgesetzlich die europäischerseits angsterfüllt gestellte Kernfrage: Wer kontrolliert die Supermacht? Dahinter stecke machtpolitischer Realitätssinn, denn militärische Stärke neige dazu, auch im Sinne nationaler Interessen eingesetzt zu werden. Noch während des Kalten Krieges herrsche in bezug auf die Analysen etwaiger Bedrohungsszenarien Einhelligkeit zwischen Europäern und Amerikanern, heutzutage würden sich gerade in diesem Punkt tiefe Gräben aufwerfen (siehe die von vielen Europäern geteilte Ablehnung der vom US-Politestablishment geprägten Termini „Achse des Bösen“ und „Schurkenstaaten“). „Die größere Toleranz des heutigen Europa gegenüber diesen Bedrohungen lässt sich besser mit der relativen Schwäche Europas erklären“ (Kagan 2004, S. 39). Wer etwas (militärisch) bewältigen zu können glaube, werde es auch eher ins Werk setzen. Die relative Schwäche führe zur Verdrängung der unangenehmen Tatsachen seitens der Europäer, weil man sie selbst eh nicht ändern könne. Die Amerikaner witterten auch deshalb schneller Bedrohungen, weil sie des festen machtbewußten Glaubens seien, mit ihnen fertig werden zu können. Die USA seien aufgrund ihrer (militärischen, kulturellen usw.) Stärke weltweit Feindbild Nummer eins, und dies sei den Europäern nur recht. Das vergleichsweise militärisch schwache Europa habe psychologisch Interesse an nichtmilitärischen Lösungen, z. B. an einem Eintreten für eine internationale Ordnung, in der alle Staaten ungeachtet ihrer Stärke dieselben Rechte haben, wo also einseitiges Vorgehen verpönt sei. „Weil die Europäer relativ schwach sind, haben sie ein tiefes Interesse daran, die brutalen Gesetze einer anarchischen Hobbes'schen Welt (...) zu entwerten und schließlich abzuschaffen“ (a.a.O., S. 45). Der Schwache fürchte stets die Anarchie, Großmächte wiederum fürchteten Handlungsbeschränkungen oft mehr. Europas Eintreten für den Multilateralismus, seine Ablehnung des Unilateralismus folge zwar Idealen, aber ebenso wohlverstandenen Eigeninteresse; man wolle anderen nicht erlauben, was man selbst nicht könne, eine zudem äußerst kostensparende Position. Selbst ein „gutmütiger Hegemon“ USA sei objektiv eine Gefahr für Europa, weshalb es ein zentrales Anliegen der europäischen Außenpolitik darstelle, die USA zu „multilateralisieren“ (a.a.O., S. 48) (v.a. via UN-Sicherheitsrat; dieser stellt für die Europäer den Heiligen Gral dar, obwohl er nie wirklich funktioniert hat). Die Europäer hofften, die Macht der USA zu beschränken, ohne selbst Macht ausüben zu müssen, „sie möchten den Koloss dadurch bändigen, dass sie an sein Gewissen appellieren“ (a.a.O., S. 49). Ein wie immer geartetes politisches Weltmachtstreben Europas scheine zu fehlen: „Sofern es eine Mission hat, besteht sie darin, sich der Macht zu widersetzen“ (a.a.O., S. 78), d. h. die USA im Zaum zu halten.

Kagans Psychologie hat viel für sich, sie legt gewissermaßen den Idealismus als heimliche realistische Strategie aus. Schmerzlich muß sich ein europäisches Bewußtsein eingestehen, der strenge Amerikaner mit dem kalten Blick könnte recht haben; ob im Recht oder Unrecht, Kagans Ausführungen sind gerade für oft selbstverliebte Europäer intellektuell äußerst anregend, ja wachüttelnd, denn sie schreien geradezu nach einem Dementi, nach einer Widerlegung im idealistischen Sinne.

An dieser Stelle sei Kagan erwidert, daß es ein Gebot der politischen Vernunft darstellt, vor dem Einsatz der ultima ratio alle zur Verfügung stehenden Instrumentarien des Konfliktmanagements (Diplomatie, Scheckbuch etc.) in Anschlag zu bringen. Was Kagan doch etwas kraftmeierisch als Psychologie der Ohnmacht diffamiert kann man genauso gut mit viel größerer Berechtigung als vorsichtige, welterfahrene und konsequenzethische Klugheit sehen. Mit wieviel schlechten Erfahrungen à la „Immer feste druff!“ können die Europäer ihren übermütigen amerikanischen Brüdern doch – leider! – dienen.

Viele Europäer, so Kagan, würden die Legitimität des globalen US-Führungsanspruchs heute in Frage stellen, zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg erlebten die USA eine Krise der internationalen Legitimität: „Viele Europäer sehen heute in den USA keine Schutz- und daher auch keine legitime ‚Führungsmacht‘ mehr; vielmehr sind sie beunruhigt über die unbeschränkte Macht eines Amerikas, das sich ihrer Kontrolle entzogen hat“ (a.a.O., S. 129). Die Europäer müßten auf Gedeih und Verderb auf die Vernunft der USA hoffen. Die supranationale EU beanspruche (moralische) Legitimität aufgrund ihres Multilateralismus (als Surrogat für reale Macht). Der „Pakt des unipolaren Zeitalters“ (a.a.O., S. 137) könne wie folgt aussehen: Europa verschaffe den USA (durch medienwirksame Absegnung) öffentliche Legitimität und sich dadurch Einfluß. Die USA könnten die Legitimitätsfrage nicht ignorieren; im Irak habe man diesbezüglich „nicht besonders glücklich“ (ebd.) agiert. Mittels einer sich jeweils wandelnden „Koalition der Willigen“ suchten die USA sich bloß „die Patina internationaler Legitimität“ (a.a.O., S. 167). „Die unreflektierte Behauptung, die USA könnten es ‚im Alleingang‘ nicht schaffen, entspringt eher Wuschdenken als objektivem Sachurteil“ (a.a.O., S. 47), US-Aktionen hätten aber zusammen mit Verbündeten eine höhere Erfolgswahrscheinlichkeit; doch seien die Amerikaner so mächtig, daß sie die Europäer nicht zu fürchten brauchten, und dennoch sei eine materielle und moralische Unterstützung der Europäer allemal einem militärischen Alleingang vorzuziehen, denn die USA und Europa hätten „einen gemeinsame westlichen Wertekanon“ (a.a.O., S. 117) zu verteidigen.

Hier sei ein weiteres, den reinen Realismus hinterfragendes Argument angeführt, nämlich die kulturalistische „soft-power“-Theorie Joseph Nyes, welcher zufolge Amerika nicht (oder wenigstens nicht in erster Linie) durch seine Waffen herrscht, sondern vielmehr durch das hohe Ansehen und die große Attraktivität seiner Werte, Institutionen und Kultur.

Das zutiefst freiheitliche, demokratische Gepräge der USA mache es Kagan zufolge de facto unmöglich, die Sorgen anderer liberaler Demokratien bzw. die Meinung der Weltöffentlichkeit zu ignorieren; um ihre politischen (auch militärischen) Ziele zu erreichen, seien die USA nolens volens auf internationale Legitimität angewiesen; die Berater von Präsident George W. Bush, „engstirnige Realisten“ (a.a.O., S. 170), hätten dies laut Kagan nicht begriffen; es sei ein gravierender außenpolitischer Fehler, so Kagan, öffentlich zu verkünden, nur mehr das nationale Interesse der USA zähle. Die Vertreter der realistischen Schule der internationalen Beziehungen seien derzeit die dominante Kraft im außenpolitischen Establishment der USA (v.a. der Republikaner), sie setzten erfolgreich auf eine „nationalistischere“ US-Außenpolitik; seither würden die USA weniger Zugeständnisse an die internationale öffentliche Meinung machen. Seit der Administration von Präsident George W. Bush sei der „realistische Nationalismus“ (a.a.O., S. 96) der Republikaner tonangebend. „Die USA müssen (...) so handeln, dass die ganze Menschheit davon profitiert“ (a.a.O., S. 171), dies setzt Kagan den realistischen neokonservativen Hardlinern in State Department und Pentagon entgegen: ein Plädoyer für den Universalismus?

Aber Krisen wie der Irak-Konflikt würden die „gemeinsame politische Kultur und die engen ökonomischen Bande“ (a.a.O., S. 109) zwischen den USA und Europa nur verdecken. Die Differenz in der strategischen Kultur liege nicht etwa in verschiedenen Nationalcharakteren begründet (siehe die Kriegs-Geschichte Europas), sondern an der europäischen Doppelmoral: Noch in Afghanistan hätten die Europäer die USA unterstützt (historische Erklärung des Bündnisfalls nach Art. 5 des NATO-Vertrags); im Kosovo 1999 intervenierten sie an der Seite der USA ohne Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat (also völkerrechtswidrig)³.

Jedweder „Sieg“ einer spezifischen, partiellen Moral über das Recht beinhalte Gefahren. Eine allzu schematische Anwendung des Völkerrechts könne aber Kagan zufolge auch gerechtigkeitswidrig sein: Die gegenwärtige UN-

³ Ein Präzedenzfall einer humanitären Intervention ohne den UN-Sicherheitsrat, welcher einen Verstoß gegen das zentrale Völkerrechtsprinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und die nationale Souveränität eines fremden Staates darstellt.

Charta gewähre gemäß dem Gleichheitsgrundsatz allen Staaten, gleich ob despotischen Autokratien oder Demokratien, dieselben Rechte und verhindere somit gerechte(re) Daseinsverhältnisse für allen Menschen. In diesem Sinne seien die USA immer idealistisch und „revolutionär“ (a.a.O., S. 153) auf den Sturz von (Unrechts-)Regimen bedacht. Der amerikanische Nationalismus sei universalistisch, er verstehe sich selbst „als Speerspitze der weltweiten liberalen Revolution“ (a.a.O., S. 169). „Amerika hat sich am 11. September nicht verändert. Es hat nur mehr zu sich selbst gefunden“ (a.a.O., S. 98); es habe seit 9/11 seine positive Einstellung zur Macht nur verstärkt. Seit dem Ende des Kalten Krieges suchten die USA ihre Einflußsphäre sukzessive zu vergrößern. Die angebliche „isolationistische Tradition“ Amerikas sei ein Mythos. Die US-Amerikaner eine der sendungsbewußte Glaube, „ihrer Nation sei ein bedeutendes Schicksal beschieden“ (a.a.O., S. 99), ein tiefer Glaube an die menschheitsbeglückende Überlegenheit ihrer Ideale, Prinzipien etc. Die Amerikaner seien also „von jeher Internationalisten, aber ihr Internationalismus war immer ein Nebenprodukt ihres Nationalismus“ (a.a.O., S. 100)⁴. Die Annahme, eine „unverzichtbare Nation“ (a.a.O., S. 107) für die freiheitliche Weltordnung zu sein sei traditionelles amerikanisches Denken. „Amerikaner sind Idealisten. (...) Aber sie haben keinerlei Erfahrung darin, Ideale ohne Anwendung von Macht zu verwirklichen“ (a.a.O., S. 108), ihr Glaube an die Notwendigkeit von Machtpolitik lasse sie deshalb gleichzeitig Realisten bleiben.

Um despotische und barbarische Regime zu demokratischem, humanem Verhalten zu zwingen, bedürfe es manchmal der Gewalt. Der Westen könne mit seinen Grundsätzen der Freiheit, der Gleichheit, der Menschenrechte usw. einen höheren Anspruch auf Moral/Gerechtigkeit erheben als andere Länder (z. B. der Iran oder Nordkorea). Die USA seien Kagan zufolge der Garant einer freiheitlichen, demokratischen Welt, und sie könnten es nur sein, indem sie auf Machtpolitik setzten. Sähen dies die Europäer in ihrem falschen Idealismus nicht ein, so sei eine Schwächung der freiheitlich-demokratischen Welt die Folge. Da Europa „weder willens noch fähig [ist; Anm.d.Verf.], sein Paradies selbst zu schützen“, müsse es die USA davor beschützen, „geistig wie körperlich von einer Welt überrannt zu werden, die die Herrschaft des ‚moralischen Imperativs‘ erst noch akzeptieren muß“ (a.a.O., S. 84). Die USA müßten überall auf der Welt jene besiegen, welche immer noch an Machtpolitik glaubten, sie müßten einerseits die Gesetze der zivilisierten Welt befolgen und verteidigen, andererseits militärische Gewalt gegen jene anwenden, die dagegen verstoßen würden; die USA könnten also selbst nicht ins posthistorische Paradies eintreten.

Dieses bellum justum-Gerede und arrogante euro- sowie ethnozentristische Usurpieren einer alleinseligmachenden Welt-Moral, wohlgermerkt Ausfluß amerikanischer Interessenlagen und Partikularideologien (vgl. etwa die anhand des amerikanischen Vorbilds pseudohegelianisch gewonnenen Thesen Francis Fukuyamas vom Ende der Geschichte in der universellen Ausbreitung der liberalen Demokratie), zeitigt einen aggressiv-missionarischen (einer innerweltlichen, deutlich christlich geprägten Heilserwartungen folgenden) Bellizismus, welcher eine absolute Friedensethik unter der Parole „Nie wieder Krieg gegen amerikanische Interessen“ insinuiert; solcherlei Ethik aber verwandelt militärische Konflikte in exterminatorische Kreuzzüge gegen das supponierte Böse und Friedensschlüsse in ein Strafgericht über den Besiegten: pax americana als pax universalis. Die von den USA massiv geschürte Terror-Angst soll unilaterale Aktionen in diesem Sinn rechtfertigen, unterminiert aber gerade jene Regeln und Institutionen, die man amerikanischerseits zu verteidigen vorgibt (siehe die beängstigenden Eingriffe in die bürgerlichen Freiheitsrechte). Wie streng auch immer man mit der realistischen US-Außenpolitik ins Gericht gehen mag, idealistische Motive kann man ihr nur selten absprechen, wobei es allerdings zu bedenken gilt, daß gut gemeint oft das Gegenteil von gut (gemacht) darstellt. Selbst wenn man im festen Glauben an die eigene gerechte Sache Kriege vom Zaun bricht (und welcher Aggressor könnte nicht vermeintlich hehre Absichten für sich in Anspruch nehmen?), bedeutet dies noch lange nicht deren selbstverständliche moralisch-ethische Rechtfertigung. Idealisten, so lehrt die Erfahrung der Geschichte, führen zumeist fanatisch Weltanschauungskriege, welche einen weitaus höheren Blutzoll fordern und eine weit blindere, enthemmtere Zerstörungskraft entfesseln als die (an Kabinettskriege des 18. Jhs. erinnernden) Kriege in der Tradition des politischen Realismus.

Aber, so Kagan, es „schreckt der Geist der freiheitlichen Demokratie vor der Idee hegemonialer Vorherrschaft (...) zurück“ (a.a.O., S. 132). Die USA stellten keine Bedrohung für die Sicherheit und Unabhängigkeit Europas dar: „Trotz des Geredes über das amerikanische ‚Imperium‘ wissen die Europäer, dass die USA keinerlei imperiale Ambitionen hegen“ (a.a.O., S. 186). Jedweder Faustrecht-Machiavellismus sei dem amerikanischen Volk zutiefst fremd: „Die USA sind eine durch und durch liberale, fortschrittliche Gesellschaft, und insofern die Amerikaner an Macht glauben, sehen sie darin ein Mittel zur Förderung einer freiheitlichen Gesellschafts- und Weltordnung“ (a.a.O., S. 50). Von jeher hätten die Amerikaner geglaubt, das Geheimnis des Glücks erkannt zu haben und dieses der Welt missionarisch und, wenn es sein muß, auch mit Gewalt beibringen zu müssen; sie

⁴ Unter Internationalismus versteht Kagan: „Glaube an den moralischen, juristischen und strategischen Vorrang internationaler Institutionen vor nationalen Interessen“ (Kagan 2004., S. 188).

strebten eine Weltordnung des Rechts und nicht der Macht an. „Europäer und Amerikaner müssen sich beide an die neue Realität der amerikanischen Vorherrschaft anpassen“ (a.a.O., S. 110); letztere könnten, ja sollten sich Kagan zufolge hinkünftig nicht auf Europa verlassen, könnten, um zur Lösung der globalen strategischen Herausforderungen beizutragen, ohne es auskommen. Amerika sei gleichsam zum Unilateralismus gezwungen, jedoch sei denkbar, „dass dieses amerikanische Vorgehen der Welt durchaus zum Vorteil gereichen mag, (...) um den Fortschritt der Menschheit zu befördern“ (a.a.O., S. 113).

So stimmig diese Analyse auf den ersten Blick erscheint, so widerspricht sich Kagan hier doch in gewisser Weise selbst: Die amerikanische Nation als weltgeschichtlicher Bannerträger der Ideale der Aufklärung, welche den Krieg als legitimes Mittel betrachtet, um einen posthistorisch-paradiesischen Friedens- und Glückszustand für die gesamte Menschheit durchzusetzen; dies umreißt kurz zusammengefaßt die Selbstlegitimierungsideologie auch der im Sinne der eigenen Maxime ungerechtfertigt aggressiven Akte der US-Außenpolitik; wie immer ideell-wertmäßig motiviert, eine materiell-objektiv in beängstigendem Ausmaß überlegene Militärmacht wird potentielle Opfer (also virtuell alle anderen Staaten) stets notwendig ängstigen, hehre Motive hin oder her. Man muß sich schon die Frage stellen, wozu denn eine angeblich so friedliebende, an Recht und Gerechtigkeit tiefinnerlich orientierte Nation ein solch apokalyptisches Militärpotential benötigt, welches sie im übrigen selbst ihren Brüdern und Schwestern im Geiste (z. B. den Europäern) niemals zugestehen würde; hierin liegt der Widerspruch begraben: Ein solch gigantischer industriell-militärischer Komplex stellt schon an sich und unter Außerachtlassung aller politmoralischen Rechtfertigungsstrategien eine faktische Bedrohung dar, und dieses Sentiment herrscht neuerdings bei nicht wenigen Europäern vor. Daß die Nation mit den weitaus meisten und modernsten Nuklearwaffen anderen Staaten (sofern sie noch keine solchen heimlich entwickelt haben) ebendiese mit einem als Ethik verkappten Macht-Argument (notfalls auch gewaltsam) vorenthalten will, erscheint vor einem dem Kulturrassismus fernen Hintergrund skurril. Ein Imperium gründet zuvörderst in der materialistisch festzustellenden Macht-Summe (Waffen usw.) eines Staates, und pazifistische Lippenbekenntnisse werden einem Imperium zu Recht wenig bis gar nicht geglaubt. Also tun die Europäer gut daran, ihrem bis an die Zähne bewaffneten großen Bruder zu mißtrauen, was ihnen Kagan seltsamerweise zum Vorwurf macht, obwohl das von ihm explizit favorisierte Hobbessche Machtkalkül in eben solchem Raisonement gründet. Daß die heutige Welt Amerika zum Unilateralismus zwingt trifft faktisch wohl kaum zu und spiegelt lediglich die paranoide Projektionslogik neokonservativer Falken (seit 9/11) im US-Establishment wider. Mag der Unilateralismus den „Fortschritt der Menschheit“ befördern oder nicht, sein Legitimitätsproblem wird ihn stets begleiten bzw. destabilisieren.

Einigermaßen besorgt konstatiert Kagan, das amerikanisch-europäische „Schisma“ (a.a.O., S. 174) könne sich „als irreversibel erweisen“ (a.a.O., S. 17) und ein „gegenseitiger Antagonismus“ (a.a.O., S. 123) sei die wahrscheinliche Folge. Dieser erschreckenden Vorstellung (für wen?) will der Autor mit folgendem an die Europäer gerichteten Rat Einhalt gebieten: Europa solle doch gefälligst militärisch aufrüsten, eventuell müßten die USA zu diesem Behufe an die europäischen „atavistischen Regungen appellieren“ (a.a.O., S. 115). Europa müsse akzeptieren, daß die US-Vormachtstellung „eine unabdingbare Notwendigkeit“ (ebd.) für die Bewahrung des Paradieses (z. B. gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen) darstelle.

Solch selbsternanntes modernes Gottesgnadentum kann vor dem Tribunal des Multilateralismus niemals bestehen. Die Selbstimmunisierungsthese von der (ethischen) Vernünftigkeit eines spezifischen realen Status quo der (Welt-)Herrschaft ist Partikularideologie der jeweils Mächtigen; daß die Amerikaner solch Glauben hegen ist legitim und verständlich, daß aber die schwächeren Glieder einer derartigen globalen Herr-Knecht-Asymmetrie gegenteiliger Ansicht sind ebenso.